

## **Antrag an die Mitgliederversammlung der SPD-Ortsvereine im Bezirk Duisburg-Hamborn**

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Die deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament werden aufgefordert, sich mit den Abgeordneten der europäischen Länder ins Benehmen zu setzen, in die in diesen Tagen Migrantinnen und Migranten aus den „neuen“ EU-Ländern (z.B. Rumänien und Bulgarien) einwandern, so wie es im Fall der Bundesrepublik der Fall ist.

Inhalt dieses Austausches soll es sein, Klarheit über die Frage herzustellen, wie in den europäischen Staaten mit der Tatsache umgegangen wird, dass bei den meisten der Migrantinnen und Migranten kein Krankenversicherungsschutz besteht bzw. der Krankenversicherungsstatus dieser Menschen ungeklärt ist.

Das Ziel dieser Gespräche soll sein, aus diesen Erkenntnissen Handlungsoptionen zu entwickeln, die die Finanzierung der gesundheitlichen Versorgung durch die Herkunftsländer möglich machen.

### Begründung

Seit dem EU-Beitritt südosteuropäischer Länder (s.o.) stehen viele Städte, Duisburg dabei an vorderster Stelle, vor dem Problem, dass die zugewanderten Menschen aus diesen Ländern nicht adäquat gesundheitlich versorgt werden können, da deren Krankenversicherungsstatus oft ungeklärt oder gar nicht vorhanden ist. Das führt dazu, dass Krankenhäuser und niedergelassene Ärzte mit dieser Situation überfordert sind bzw., dass die Gesundheitsversorgung dieser Migranten oft nur „notdürftig“ von ehrenamtlichen Helfern erfolgt, wie es z.B. im Duisburg-Marxloher „Petershof“ der Fall ist (die Medien berichteten mehrfach). Der Grund dafür liegt darin, dass die Herkunftsländer den Versicherungsstatus nicht mitteilen oder sich weigern, die Kosten für die Gesundheitsversorgung ihrer in Deutschland lebenden Bürgerinnen und Bürger zu übernehmen.

Da nicht nur die Bundesrepublik von dieser Situation betroffen ist, erscheint es nötig, einen Austausch der aufnehmenden Staaten (Bundesrepublik, Niederlande, Frankreich usw.) darüber zu organisieren, wie die anderen Staaten mit dieser Situation umgehen, um daraus Konsequenzen und Handlungsstrategien zu entwickeln.

**Einstimmig beschlossen in der Mitgliederversammlung der SPD-Ortsvereine im Stadtbezirk Duisburg-Hamborn am 24.9.2015 in Anwesenheit von Jens Geier (Mitglied des Europäischen Parlaments)**